

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Schmidt (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung

Berufliches Gymnasium an der berufsbildenden Schule in Montabaur

Die Kleine Anfrage 3321 vom 15. August 2000 hat folgenden Wortlaut:

Wie wir durch Veröffentlichungen in der Westerwälder Zeitung erfahren konnten, hat sich das Ministerium entschieden, im kommenden Schuljahr der Berufsbildenden Schule Montabaur ein berufliches Gymnasium anzugliedern.

Hiermit frage ich erneut die Landesregierung an:

1. Wird das berufliche Gymnasium mit der Fachrichtung Technik, Informatik eingerichtet?
2. Ist der Zeitpunkt auf Schuljahresbeginn 2001/2002 festgelegt?
3. Welche Vorbereitungen wurden für die Einrichtung getroffen?

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 4. September 2000 wie folgt beantwortet:

Der Presseerklärung meines Hauses vom 21. Juni 2000 war zu entnehmen, dass zum Schuljahr 2002/2003 am Standort Montabaur ein Angebot zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife implementiert wird.

Zu 1.:

Im August 2000 fand ein erstes Planungsgespräch zwischen Schulleitung, ADD und der Fachabteilung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung statt. In weiteren Abstimmungsgesprächen wird der Schwerpunkt des Bildungsangebots – ausgerichtet an der Wirtschaftsstruktur der Region und dem regionalen Bedarf – festgelegt.

Zu 2. und 3.:

Mögliche curriculare Erfordernisse werden bis Sommer 2001 bearbeitet werden. Der berufsbildenden Schule wird somit ermöglicht, ab dem Frühjahr 2001 die Öffentlichkeit über das neue regionale Angebot informieren sowie Jugendliche und Eltern beraten zu können. Damit sind die Voraussetzungen für die Einrichtung zum Schuljahr 2002/2003 gegeben.

Ich gehe davon aus, dass die Einrichtung des Bildungsangebots „Berufliches Gymnasium“ an der Berufsbildenden Schule Montabaur einen wichtigen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung des Bildungsangebots im Westerwaldkreis darstellt.

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
Staatsminister